

# DER STACHEL

ZEITSCHRIFT DES JUSO-KREISVERBANDES RENDSBURG-ECKERNFÖRDE

26. Jahrgang

April 2009



**WER HAT HIER RECHTE?**

## **Vorwort**

*Weise Worte von Götz*  
Seite 3

## **Marktwirtschaft**

*Marx, Bismarck und  
E.s Party*  
Seite 4

## **Krieg gegen Israel**

*Vergossenes Blei*  
Seite 5

## **WBC**

*Yeliz Revier*  
Seite 6/7

## **Atomkraft?**

*Nein Danke!*  
Seite 8/9

## **Wahlalter**

*Schluss mit der Be-  
vormundung!*  
Seite 9

## **Oaxaca**

*Wer hat hier Rechte?*  
Seite 10/11

## **Impressum**



### **Herausgeber:**

Juso-Kreisverband  
Rendsburg-Eckernförde,  
Thomas Stegemann  
(V.i.S.d.P.),  
Kleiner Kuhberg 28-30,  
24103 Kiel,  
www.jusos-rd-eck.de

### **Chefredaktion:**

Götz Borchert,  
(goetz@jusos-rd-eck.de)

### **Redaktion:**

Elena Pieper,  
Thomas Stegemann  
(stachel@jusos-rd-eck.org)

### **Layout:**

Tobias Seidel  
(jusos@tobiassseidel.eu)

### **Auflage:**

800

### **Druck:**

Schreiber Druck,  
Feldstraße 7, 24105 Kiel



## **AK Obama**

*Matze vs. Tobi*  
Seite 12/13

## **Kreiskonferenz**

*„Es ist ein Junge“*  
Seite 14/15

## **Systemwechsel**

*Wir warten!*  
Seite 16

## **Linkswende09**

*Dickes B again!*  
Seite 17

## **Air Jusos**

*Nächster Stop: Äquator*  
Seite 18/19

## **Es war einmal**

*Hier kommt Knud!*  
Seite 20/21

## **Gelesen und gesehen**

*Kulturindustrie*  
Seite 22

## **Die Rückseite**

*Resolution der  
Kommunarden*  
Seite 24

Liebe Leserinnen und Leser,

im Jahr 2009 hat sich die STACHEL-Redaktion viel vorgenommen. Die erste reguläre Ausgabe des Jahres haltet ihr nun in euren Händen. Eine zweite Ausgabe folgt wie gewohnt zum Ende des Jahres.

In Vorfeld der Europa- und der Bundestagswahl planen wir zwei Sonderausgaben, die besonders auch junge Menschen für die Wahlen begeistern sollen. Zudem haben alle Jungsozialistinnen und Jungsozialisten die Möglichkeit über Wissens-STACHEL Schwerpunkte zu setzen und bestimmte Bereiche anzusprechen. Wer also „Experte“ auf einem bestimmten Gebiet ist und sich vorstellen könnte, dazu einmal ausführlicher etwas schriftlich auszuarbeiten, kann sich gerne bei mir melden.

Der Start ins Superwahljahr 2009 ist der SPD bedauerlicherweise in Hessen nicht wirklich gut gelungen. Dennoch können die folgenden Wahlen für die Sozialdemokratie große Siege bedeuten. Wir wollen an dieser Stelle auch nicht die Wahl der Bundespräsidentin am 23. Mai 2009 vergessen. Es ist gut, dass Gesine Schwan kandidiert und wir sind überzeugt davon, dass sie die bessere Alternative zum Amtsinhaber ist.

Für uns Jusos selbst ist der Start ins neue Jahr auf unserer Kreiskonferenz am 23. Januar in Bordesholm absolut geglückt. Wir sind personell und inhaltlich weiterhin stark aufgestellt. Ich gratuliere an dieser Stelle besonders Thomas, unserem neuen Kreisvorsitzenden, aber auch allen anderen gewählten Kreisvorstandsmitgliedern. Ich freue mich auch, dass auf der Konferenz einstimmig beschlossen wurde, dass ich STACHEL-Chefredakteur bleibe. Damit bin ich auch weiterhin euer Ansprechpartner in allen STACHEL-Fragen.

Mit roten Grüßen,



Götz Borchert  
STACHEL-Chefredakteur

**TERMINE:**

- 21./22. März SPD-Landesparteitag, SportLife-Hotel in Elmshorn
  - 28. März Wir-können-sie-stoppen-Demo gegen Nazis in Lübeck
  - 1. April STACHEL-Redaktionssitzung, Westring 200, Kiel
- zum Vormerken:**
- 15.-17. Mai Seminar der Jusos Rd-Eck und Jusos Stormarn zur Rolle des Staates



## Soziale Marktwirtschaft – Ohne mich!

*Wieso es grotesk ist, dass SPD und Gewerkschaften zu Fans der sozialen Marktwirtschaft wurden.*

**Eigentlich waren die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Gewerkschaften nie Anhänger und Verteidiger der sozialen Marktwirtschaft. Das sich dieser Umstand in den 90er Jahren anscheinend geändert hat ist hauptsächlich der intellektuellen Degenerierung der Parteilite zu verdanken.**

Es ist bezeichnend, was heutzutage unter dem Begriff „soziale Marktwirtschaft“ alles verstanden wird. Die Bismarcksche Sozialversicherung, der öffentliche Sektor und sogar die betriebliche Mitbestimmung werden in der öffentlichen Diskussion irgendwie mit diesem Etikett versehen.

Dabei könnte nichts ferner von der Realität sein, die Bismarckschen Sozialversicherung waren kein Teil des Konzeptes der sozialen Marktwirtschaft, von Ludwig Erhard, sondern sie waren einfach schon da. Alle die Sozialversicherungssysteme und soziale Marktwirtschaft als untrennbar bezeichnen, denen könnte einen Blick in die Geschichte helfen. Schließlich war Bismarck nicht etwa Staatssekretär bei Ludwig Erhard im Wirtschaftsministerium, sondern im 19. Jahrhundert Kanzler des Deutschen Kaiserreiches.

Der öffentliche Sektor und die Konzeption von Staatsinvestitionen waren auch kein ursprünglicher Teil der sozialen Marktwirtschaft, sie basierten sogar auf der SPD-Gegenkonzeption des Keynesianismus. Als die SPD die

Regierung in der Bundesrepublik stellte, sorgte der Wirtschaftsminister Schiller dafür, dass keynesianistische Elemente in die Wirtschaft der Bundesrepublik Einzug erhielten. Der betrieblichen Mitbestimmung erging es ähnlich. Anfangs als Gegenkonzeption zur sozialen Marktwirtschaft von den Gewerkschaften ins Spiel gebracht, konnte sie durch die SPD-Regierungen in der Bundesrepublik Einzug erhalten.



Die Frage bleibt natürlich, wenn wir diese 3 Bausteine nicht zur Konzeption der sozialen Marktwirtschaft zählen können: Was ist dann soziale Marktwirtschaft?

Ludwig Erhard konnte dies recht einfach erklären: das Adjektiv „soziale“ ist überflüssig. Die „soziale Marktwirtschaft“ geht davon aus, dass der freie Markt grundsätzlich sozial sei und der Staat sich deswegen auf die Sicherung des freien Wettbewerbs und der Geldstabilität konzentrieren soll. Es ergibt also durchaus Sinn, dass die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft die Sozialversicherungen, Keynesianismus

und Mitbestimmung angreift sie möchten zum Kern der sozialen Marktwirtschaft von Ludwig Erhard zurück.

Nun, ungeachtet der momentanen Lage der SPD und der Gewerkschaften, würde ich der Mehrheit der SozialdemokratInnen und GewerkschaftlerInnen nicht unterstellen, dieser Ideologie anzuhängen. Es ist also eigentlich äußerst destruktiv, wenn die SPD einerseits eine stärkere Regulierung des Wettbewerbes im sozialen Sinne fordert, andererseits jedoch durch Lobhymnen auf die Erhardsche Wirtschaftspolitik genau jene Ablehnen. Einige mögen jetzt einwerfen, dass die SPD etwas anderes unter sozialer Marktwirtschaft versteht, als die Erhardsche Konzeption. Doch dies ist gerade den Menschen in der BRD nicht bewusst, denn der Begriff soziale Marktwirtschaft ist in den Köpfen vieler untrennbar mit der Politik Ludwig Erhards verbunden.

Oder ist es vielleicht billiger Populismus auf diesen positiv besetzten Begriff aufzusteigen? Solange keine wirkliche Gegenkonzeption vorliegt, kann nicht von einer Neubesetzung des Begriffs gesprochen werden. Und wäre es nicht ehrlicher den Menschen dann auch klarzumachen, dass dies nicht das Erhardsche Konzept ist, indem auch nicht der Name des Erhardschen Konzepts verwendet wird?

Thomas Stegemann

## Vergossenes Blei?

*Der Krieg der Hamas gegen Israel und die deutsche Berichterstattung*

**Die tägliche Portion Berichterstattung war in den ersten Wochen dieses Jahres gekennzeichnet vom Nahostkonflikt. Schlagzeilen wie „Angstschlaf im Bombenhagel“, „Tränen und Schmerzensschreie in Gaza“, „Israel ignoriert die Tatsachen“ und „Bomben auf Gazas Helfer“ prägten die Titelblätter und Abendnachrichten. Moralisierende KommentatorInnen rieten zu mehr Akzeptanz für die Hamas, die ja immerhin eine demokratisch gewählte Regierung sei, und geißelten die Unverhältnismäßigkeit der Bombenangriffe auf den Gazastreifen. Doch folgt eine derartige Berichterstattung dem Gebot der „wahrhaften Unterrichtung der Öffentlichkeit“<sup>1</sup>?**



Seit 2001 sind rund 4000 Raketen aus dem Gazastreifen auf den Süden Israels abgefeuert worden. Allein im Jahr 2008 waren es nach israelischen Angaben 1000 Raketen und 1200 Mörsergranaten, durchschnittlich sechs pro Tag.

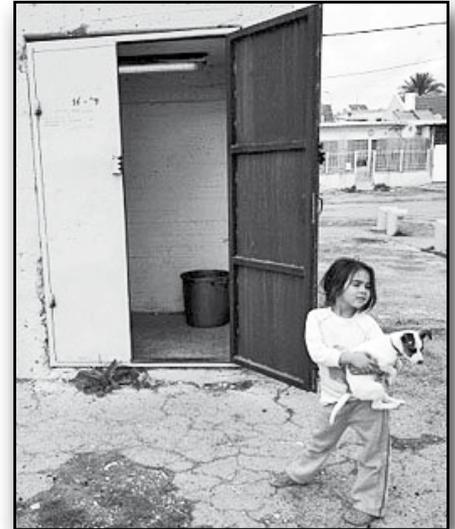
Ein derartiger Dauerbeschuss kann mit Fug und Recht als Offensive der Hamas gegen Israel bezeichnet werden – und das

trotz vereinbarter Waffenruhe und Abzug der israelischer Truppen aus dem Gazastreifen. Die Folgen für die israelische Bevölkerung sind klar: ständige Angst getötet zu werden, Ausweglosigkeit, Wut. In den an den Gazastreifen angrenzenden Städten wurden raketensichere Busstationen installiert, um einen Rest an Sicherheit zu wahren. Doch die Raketen dringen immer tiefer in das Land vor. Das militärische Eingreifen Israels unter dem Titel „Gegossenes Blei“ steht somit am Ende einer langen Phase des Erduldens. Ziel war es den Dauerbeschuss einzustellen, um „das Leben im Süden Israels zu normalisieren“, so die israelische Regierung.

Der an Israel gerichtete Appell der KommentatorInnen, an der „Spirale der Gewalt“ nicht weiter zu drehen, sondern miteinander zu reden, verkennt die Realität. In der Charta der Hamas steht es geschrieben: „Israel existiert (...) bis es der Islam ausgelöscht hat“ (Präambel) und „Friedensinitiativen sind reine Zeitverschwendung, eine sinnlose Bemühung“ (Art. 13). Von der antisemitischen Hetze in diesem Papier ganz zu schweigen. Wie soll auf dieser ideologischen Grundlage ein Frieden, geschweige denn ein Friedensgespräch zustanden kommen?

Die Berichterstattung der deutschen Medien erscheint im Spiegel dieser Tatsachen kläglich, subjektiv und tendenziös. Sie zeichnet ein Bild der Situation, welches ein Grundmotiv des

Konfliktes völlig unterbewertet: der fundamentale Judenhasse der islamistischen Terrororganisation Hamas. Was gezeigt wird, ist nicht mehr als eine schwarz-weiß Kari-



katur: Der übermächtige Goliath Israel und der milizionäre David Palästina - F-16 Kampfflugzeuge vs. Kassemraketen „Marke Eigenbau“. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns fragen, was die eigentliche Intention der Berichterstattenden der deutschen Leitmedien ist, wenn die Gewalt der Hamas gegen die israelische Zivilbevölkerung derart relativiert wird und militante Antisemiten zu einem demokratisch legitimierten Verhandlungspartner erklärt werden.

Es steht fest: Die Israelis haben das Recht auf Frieden und die PalästinenserInnen ein selbstbestimmtes Leben in Würde ohne die Hamas verdient - und wir eine differenzierte Berichterstattung.

Elena Pieper und  
Martin Schmelzer

1

Art. 1 des Pressekodex

## Ein täglicher Beitrag zur Solidarität

*Das Willy-Brandt-Center Jerusalem*

**Die Ereignisse der letzten Wochen im Nahen Osten haben eine schreckliche Bilanz hinterlassen. Viele Israelis und mehr als 900 Palästinenser sind während der Kampfhandlungen in den letzten Wochen ums Leben gekommen, überwiegend Zivilisten. Eine vielfach größere Zahl von Menschen wurde verletzt. Auf beiden Seiten der Grenze hat die Zivilbevölkerung Luft- und Bodenangriffe durch das israelische Militär bzw. Raketenbeschuss durch militante Hamas-Milizen erdulden müssen.**

Die Spirale der Gewalt im israelisch-palästinensischen Konflikt fand einen neuen Höhepunkt. Doch es ist Gewissheit, dass dieser Krieg keine langfristige Lösung, keine stabile Sicherheit für die Menschen auf beiden Seiten liefern kann. Dies kann nur eine politisch gerechte Lösung zwischen Israelis und Palästinensern.

Wir Jusos setzen uns seit bereits zwölf Jahren für eine nachhaltige gerechte Lösung des Nahost Konfliktes, einem der Schlüsselkonflikte unserer Zeit, ein. Das Willy-Brandt-Center Jerusalem leistet einen wichtigen Beitrag zum Konfliktbewältigung und zum Dialog.

Die Vision des Willy-Brandt-Centers

Im Jahr 1996 kamen die deutschen Jusos, die israelische Young Labour und die palästinensische Young Fateh zusammen, um ein gemeinsames Agreement zu unterschreiben. Dies war der

Beginn einer Partnerschaft zwischen jungen, politisch aktiven Menschen in einem gesellschaftlich komplexen und schwierigen Umfeld. Mit dieser Partnerschaft war von Anfang an das Ziel verbunden, einen Ort zu schaffen, an dem sich junge Israelis, Palästinenser und auch Deutsche treffen können.

Diese Partnerschaft, der im Jahr 2000 mit der israelischen Young Meretz eine weitere Jugendorganisation aus dem linken Spektrum beitrug, hat nun seit zwölf Jahren Bestand und zeigt, was internationale Solidarität in der alltäglichen, konkreten Arbeit bedeuten kann. Aus dieser Partnerschaft ist das Willy-Brandt-Center Jerusalem entstanden – die Vision eines Raums für Begegnung und Verständigung hat sich erfüllt. Und auch in den Zeiten, wenn die Gewalt wieder den Dialog als politisches Instrument verdrängt hatte, sind die Gesprächskontakte nie abgerissen. Seit 2003 hat dieser Raum einen konkreten Ort: Das

Willy-Brandt-Center liegt auf der grünen Linie zwischen Ost- und West-Jerusalem.

Die 1996 begründete Partnerschaft ist das Herzstück des Centers. Ein trilaterales Team aus Repräsentanten der einzelnen politischen Partner organisiert Seminare, Events, Workshops und Austauschmaßnahmen.

Die konkrete Arbeit des Willy-Brandt-Centers

Die Arbeit des Willy-Brandt-Centers mit den politischen Jugendparteien verfolgt zwei konkrete Ziele. Zum einen geht es darum die politischen Partner durch politische Bildungsmaßnahmen zu stärken, da sie wichtige Multiplikatoren innerhalb ihrer Gesellschaft sind. Sie setzten sich für Dialog und Werte der Sozialdemokratie ein. Die Partner entwickeln Seminarreihen zu unterschiedlichen Themen, die innerhalb ihrer Organisation eine wichtige Rolle spielen wie zum Beispiel Gender, Leadership, Wirtschaft,





Bildung oder Soziales. So gibt es seit Ende 2007 das Projekt „Youth for a democratic change“ dessen Ziel es ist, den internen Demokratisierungs- und Modernisierungsprozess des politischen Partners Young Fateh zu unterstützen. Zu den Aktivitäten dieses Projektes gehören Seminarreihen, intensive Workshops, Praktikumsphasen und ein Austausch mit den Jusos.

Das zweite Ziel ist trilaterale Begegnungen zwischen jungen Deutschen, Palästinensern und Israelis zu organisieren. Mehrmals im Jahr reisen Jusos Delegationen in die Region, um sich selbst ein Bild von der komplexen Situation vor Ort zu machen, und um beide Perspektiven zu

diesem Konflikt kennen zu lernen. Natürlich haben sie auch die Möglichkeit die politischen Partnern kennen zu lernen und mehr über die israelische und palästinensische Gesellschaft zu erfahren. Das Delegationsprogramm führt die Teilnehmer unter anderem nach Jerusalem, Tel Aviv, Sderot, Ramallah, Bethlehen oder Hebron. Programmpunkte sind zum Beispiel ein Besuch in Yad Vashem, eine Tour entlang der Mauer und Hintergrundgespräche mit NGOs.

Neben den Juso Delegationen, die regelmäßig die Region besuchen, reisen auch gemischt israelisch-palästinensische Delegationen nach Deutschland, um den deutschen Partnern und die deutsche Gesellschaft kennen zu lernen. Hinzukommt, dass sich die israelischen und palästinensischen Teilnehmer untereinander kennen lernen und austauschen können. Ziel dabei ist langfristige Kontakte aufzubauen, die auch in der Zukunft bestehen bleiben.

Neben der Zusammenarbeit mit den politischen Jugendparteien arbeitet das Willy-Brandt-Center seit Juni 2007 auch mit israelischen und palästinensischen Jugendverbänden zusammen. Diese Jugendverbände sind Mitglied im „International Falcon Movement“. Damit wurde die Arbeit des Willy-Brandt-Centers noch mal in die israelische und palästinensische Gesellschaft ausgeweitet.

Darüber hinaus organisiert das Willy-Brandt-Center regelmäßig öffentliche Veranstaltungen, zum Beispiel im Rahmen des Konzeptes Red Lounge. Die Veranstaltungen richten sich an die israelische und palästinensische Gesellschaft, sowie die „international community“ und ermöglicht in einem lockeren ungezwungenen Rahmen Begegnungen zu schaffen.

Auch in 2009 wird das Willy-Brandt-Center seine Aktivitäten fortführen und gemeinsam mit der Unterstützung der Jusos sogar intensivieren.

Yeliz Tolan



## Nuking the Climate!

Am 15. Januar veranstaltete die Juso HSG der Kieler Christian-Albrechts-Universität in Zusammenarbeit mit dem Juso Kreisverband Rendsburg-Eckernförde eine Informationsveranstaltung unter dem Titel „Nuking The Climate – Deine Steckdose Strahlt!“ zum Thema Atomkraftnutzung und ihrer Folgen.

Als Referenten hatten wir Jochen Stay gewinnen können. Jochen war Mitbegründer der im Anti-Castor Protest im Wendland verwurzelten Bewegung „X-Tausendmal quer“ und ist heute deren Sprecher. Er hat somit eine jahrelange Erfahrung im Kampf gegen Atomkraft und ist zu einem Experten auf diesem Gebiet geworden.

Zuerst allerdings zeigten wir einen Ausschnitt des Films „Uranium – Is it a country?“. Dieser Film einer lose mit der BUNDjugend verbundenen Gruppe beleuchtet einen oft übersehenen Aspekt des Themenfeldes Atomkraft, nämlich die Herkunft des Brennstoffs Uran, den Abbau in den Uranminen Australiens und den Transport nach Europa. Er zeigt, wie schon beim Abbau erhebliche Gefahren für die Umwelt und die



dort lebenden Menschen entstehen, und wie nachlässig die großen Bergbaukonzerne, im Speziellen BHP Billiton, mit diesem Thema umgehen. Der Film ist es auf jeden Fall Wert angeschaut zu werden und ist auf Nachfrage bei Thomas erhältlich, legal und kostenlos.

Ähnlich wie in der europäischen und deutschen Atomindustrie ist dort eine Taktik der Nicht- oder Desinformation, des Verschleierns und Geheimhaltens gang und gäbe. Gefahren werden abgestritten oder verheimlicht und die Öffentlichkeit gezielt hinters Licht geführt.

So besteht aus Sicht der Minenkonzerne überhaupt kein Grund zur Beunruhigung, es bestünde keinerlei Gefahr. Doch bei genauerem Hinsehen lässt sich diese Aussage nicht halten.

Beim Uranabbau entstehen unter anderem große Mengen radioaktive und mit Schwermetallen belastete Schlämme und Abwässer. Diese werden in großen Becken gelagert. Aus diesen sickern sie zum Teil aufgrund mangelnder Abdichtung in den Boden, in anderen Fällen wurden die Becken

geschlossener Uranminen einfach offen gelassen, ohne jeglichen Warnhinweis. Vielfach wurden diese Becken von Kindern als Badeseen benutzt. Und das, obwohl die Konzerne laut Gesetz auch für die folgenden Jahrzehnte und Jahrhunderte für die geschlossenen Minen verantwortlich bleiben, doch das ist reine Theorie.

In der Praxis drücken sich die Firmen meist vor ihrer Verantwortung.

Auch Häufungen von Krebsfällen unter den Arbeitern in den Uranminen sind bekannt und sollten ein Grund sein, genauer hinzusehen.

Zudem verbraucht der Prozess, in welchem das Uran aus dem Gestein gelöst wird, gewaltige Mengen Wasser. Und das in einer Gegend, die zu den trockensten Regionen der Welt zählt. Aufgrund des Fehlens von Niederschlag werden Jahrtausende alte unterirdische Wasserreservoirs angezapft, welche sich nicht wieder füllen.

Nach dem Film erhielt Jochen dann die Gelegenheit seine Sicht der Dinge darzustellen. Er

konzentrierte sich auf die Nutzung der Atomkraft in Deutschland, hielt einen interessanten Vortrag über die Gefahren und Risiken der Atomkraft und beleuchtete vor allem die aktuellen Bemühungen der Atomkraftlobby Atomstrom als Ökostrom zu verkaufen. Er widerlegte überzeugend die vorgeschobenen Argumente und zeigte damit, dass Atomstrom nicht grün ist und es auch nie sein wird. Auch die angebliche Abwesenheit jeglicher

Kohlendioxid-Emissionen ist bei genauer Betrachtung ein Märchen, dass sich so nicht aufrecht erhalten lässt.

Etwas enttäuschend war allerdings, gerade in Anbetracht des tollen Vortrags, die doch überschaubare Teilnehmerzahl. Anscheinend sind Kieler Studenten an einem Donnerstag Abend nur schwer aus ihrer Wohnung zu bekommen, und das trotz intensiver Bewerbung der Veranstaltung.

Wir werden daher noch darüber

diskutieren, in welcher Art und Weise wir unsere Inhalte in Zukunft an den Menschen bringen, um vielleicht etwas mehr Aufmerksamkeit zu erhalten.

Alles in allem war es jedoch eine sehr gute Veranstaltung, die verschiedene Aspekte des Themas beleuchtete und hoffentlich den ein oder die andere zum weiteren Nachdenken angeregt hat.

Nico Lindemann

## Mit unseren Köpfen, nicht über sie hinweg! Oder warum es für eine Wahlaltersenkung höchste Zeit ist

**Du bist 17 Jahre alt und darfst Auto fahren, heiraten, fortgehen, Verträge abschließen, bist wehrpflichtig, musst Steuern, Studiengebühren und vieles mehr bezahlen? Aber über dein Bildungssystem, deine Steuergelder, deine Lehrstelle und vieles mehr darfst du nicht mitentscheiden. Nicht, wenn es nach uns geht!**

**Wahlaltersenkung jetzt und auf allen Ebenen!**

Immer wieder kommt vor allem von der konservativen Seite das Argument und der Vorschlag, das Wahlrecht nur auf kommunaler Ebene zu senken, weil geglaubt wird, dass Jugendliche in ihrer Gemeinde am ehesten eingebunden werden können und so mehr Interesse am politischen Geschehen haben. Dabei wird jedoch übersehen, dass Entscheidungen, die auf Landes- oder Bundesebene getroffen werden, Jugendliche viel eher und massiver betreffen.

Denn die Fragen der jetzigen Kapputtspartypolitik des Bildungssystems oder die verfehlte Arbeitsmarktpolitik für Jugendliche wird sicherlich keine Gemeindevertretung lösen können. Deshalb führt an Wahlen mit 16 auf allen Ebenen (kommunaler-, Landes-, Bundesebene, EU-Wahl, Volksbegehren, -abstimmungen und -befragungen) kein Weg vorbei, damit die Jugend mitmischen kann und sie als wichtige „politische Zielgruppe“ ernst genommen wird. Nur so können PolitikerInnen unsere Anliegen nicht auf die lange Bank schieben.

**Wir sind reif dafür!**

Viele PolitikerInnen beklagen zwar immer wieder die angebliche Politikverdrossenheit der Jugendlichen, dass jedoch jugendfeindliche Politik und fehlende Mitbestimmung Jugendliche von der Politik abschreckt, scheint unseren VolksvertreterInnen nicht in den Sinn zu kommen.



**Politik mit Jugendlichen und für Jugendliche!**

Natürlich ist eine Wahlaltersenkung nicht das alleinige Allheilmittel für gescheiterte Jugendpolitik, aber es ist ein wichtiger Schritt, um Jugendlichen mehr politisches Gewicht zu verleihen. Unser Ziel muss sein, junge Menschen zu kritischen StaatsbürgerInnen zu erziehen und sie aktiv an Entscheidungsprozessen teilhaben zu lassen, denn Politik ist gestaltbar! Sowohl die Politik als auch die Jugendlichen selbst sind gut beraten, diese Chance zu nutzen, denn es lohnt sich für Jugendliche Politik zu machen!

Thomas Stegemann

## Briefe für Oaxaca

*Proteste in Mexico*

**Am 10. Dezember 1948 wurde die Allgemeine Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen unterzeichnet. Mit der Erklärung lag zum ersten Mal ein weltweit geltender Menschenrechtskatalog vor, der mit 30 Artikeln sowohl politische als auch soziale Rechte festlegte. 60 Jahre später sind die Menschenrechte keine Selbstverständlichkeit! Wir alle müssen uns stets dafür einsetzen, dass alle Menschen auf der Welt sich auf sie berufen können. Wir Jusos wollen mit der Kampagne „Briefe für Oaxaca“ einen Beitrag im Kampf für Menschenrechte leisten.**

Oaxaca ist ein Bundesstaat im Süden von Mexiko. Er gehört zu den ärmsten Regionen des Landes. Mexiko ist ein zutiefst gespaltenes Land: 40% der Bevölkerung verfügen über weniger als zwei US Dollar pro Tag, obwohl das Pro-Kopf-Einkommen

Mexikos deutlich im oberen Bereich Lateinamerikas liegt. Die AnalphabetInnenquote ist überdurchschnittlich hoch.

Die sozialen Probleme der Region werden von der örtlichen Politik nicht angegangen und von der Bundesregierung ignoriert. Gouverneure regierten Oaxaca nach „Gutsherrenart“; sie bauten die eigene Macht aus und kümmerten sich nicht um die Probleme der Menschen. Seit Jahrzehnten verschärft sich daher die Situation der ärmlichen Bevölkerung, der viele Indigene angehören.

2004 kam mit Ulises Ernesto Ruiz Ortiz ein neuer Gouverneur an die Macht, der den autokratischen Regierungsstil in Oaxaca weiter ausbaute. Korruption und Klientelismus bestimmen seither die Politik.

Hier nur ein Beispiel der Politik von Ulises Ruiz:

Wer von Januar bis Juli 2006 ir-



gendetwas von der Verwaltung oder von Regierungsstellen im Bundesstaat Oaxaca brauchte wurde enttäuscht. Alle Stellen befanden sich im Wahlkampf für den Präsidentschaftskandidaten der Partei des regierenden Gouverneurs von Oaxaca. Hatte der Gouverneur doch dem Kandidaten eine Million Stimmen aus dem Bundesstaat versprochen, dies musste nun umgesetzt werden. Das Dengue Fieber das in verschiedenen Küstenbereichen ausbrach wurde ignoriert und die meisten Ämter hatten ab Juli kein Budget mehr, da es im Wahlkampf verbraucht wurde.

### Das Fass läuft über

2006 eskalierte der soziale Konflikt. Im Mai forderte die regionale LehrerInnengewerkschaft mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Der Gouverneur ignorierte den Streik der Lehrerinnen und Lehrer und weigerte sich über die Forderungen zu verhandeln. Die Gewerkschaft verlieh ihren Forderungen Nachdruck, indem sie die Innenstadt von Oaxaca-City besetzte. Noch immer gab es keine ernsthaften Verhandlungen. Stattdessen versuchte die Polizei auf Anordnung von Ulises Ruiz am 14. Juni die Innenstadt



zu räumen. Dies führte zu einer großen Solidarisierung der Bevölkerung mit den Streikenden. Sie versammelten sich zu Zehntausenden auf dem Hauptplatz, die Räumung misslang.

Innerhalb weniger Tage organisierte sich das zivilgesellschaftliche Bündnis APPO (Volksversammlung der Völker von Oaxaca), ein Zusammenschluss von 350 meist linken und indigenen Organisationen. Gemeinsames Ziel war es, die Absetzung des Gouverneurs zu erreichen, um nachhaltig eine Verbesserung der Situation für die Menschen in Oaxaca zu erreichen. Die Unterstützung aus der Bevölkerung war enorm: an den drei Großdemonstrationen nahmen 500.000 bis 800.000 Menschen teil. Es wurde ein 19-tägiger Marsch in die Hauptstadt Mexico-City organisiert, um sich bei der Staatsregierung Gehör zu verschaffen. Die Proteste der APPO blieben weitgehend friedlich. Die Regierung und von ihr kontrollierte Schlägertrupps zeigten weniger Scheu vor Gewalt: es kam zu Toten und Verletzten.

Im Oktober 2006 entsendete die nationale Regierung 4.500 Bundespolizisten nach Oaxaca. Anstatt sich für einen versprochenen Ausgleich einzusetzen, griff die Bundespolizei gegen die Protestierenden ein: Demos wurden geräumt und willkürliche Massenverhaftungen, Vergewaltigungen und Misshandlungen fanden statt. Die Brutalität gegen die eigene Bevölkerung war erschreckend! Die Menschenrechtsorganisation „Komitee 25. November“ unterstützt heute 30 ehemalige



Gefangene, die wegen Folter, Missbrauch und Freiheitsberaubung versuchen Anzeige zu erstatten.

Heute gilt die Region offiziell als befriedet. Doch keines der tiefer gehenden, sozialen Probleme ist gelöst. Weder wurde die Bildungssituation in der Region verbessert, noch existiert ein Rechtsstaat, auf den sich die Menschen berufen können. In Mexiko bleiben 98% der Straftaten ungeahndet, es herrscht nahezu absolute Straffreiheit. Korruption und die enge Verflechtung von Polizei und organisierter Kriminalität haben ungeheure Ausmaße angenommen.

**Wir brauchen eure Hilfe!**

Wir Jusos wollen deutlich machen, dass Oaxaca noch nicht von der Tagesordnung genommen werden kann! Wir werden die Menschenrechtsverletzungen in der Region und in anderen Teilen Mexikos nicht hinnehmen. Unsere Solidarität gilt den Menschen in Oaxaca, die Unrecht

und staatliche Gewalt erfahren mussten.

Wir fordern Euch deshalb auf, die beiliegende Postkarte nach Mexiko zu senden. Sendet eure Grüße an den mexikanischen Innenminister Fernando Francisco Gómez Mont Urueta. Weitere Informationen zur Situation in Oaxaca findet ihr unter [www.gerechtigkeit.jusos.de](http://www.gerechtigkeit.jusos.de). Wir Jusos werden auch über das Frühjahr hinaus die Situation in Oaxaca im Perspektivprojekt „Internationale Solidarität“ weiter verfolgen und und regelmäßig mit unserer Schwesterorganisation der JPRD über die Situation austauschen.



Simone Burger, stellv. Juso-Bundesvorsitzende

## Change we can't believe in

Zur Wahl von Barack Obama und euphorischen Reaktionen.

**Auf allen Kontinenten herrschte Feierstimmung als in der Nacht vom 4. auf den 5.11.08 klar wurde, dass Barack Obama der neue Mann im „Weißen Haus“ sein wird. Auch die Deutschen und insbesondere die schlagartig politisierte Jugend feierten ihn seit Beginn seiner Kandidatur als Messias. Offenbar ohne sich wirklich dem neuen Präsidenten auseinandergesetzt zu haben, der weder Kriegsgegner ist, noch der Revolutionär, für den er aufgrund seines groß angekündigten „Change“ gehalten wird.**

„O-BA-MA“ , „O-BA-MA“ aus 200.000 Kehlen. Das war das Bild an der Berliner Siegessäule, als Barack Obama zum ersten mal vor deutschem Publikum gesprochen hatte. Ein charismatischer Politiker, der es schafft die Massen zu elektrisieren. Doch der Schein trügt, wie so oft bei Obama, denn wer sieht was, vor dem Auftritt getan wurde um jede Form von Kritik radikal zu unterbinden (Transparente wurden verboten und kritische Demonstranten von der privaten Security des Platzes verwiesen), sieht auch, dass Obama nicht von allen für den Heilsbringer gehalten wird, für den er sich ausgibt.

Die Kritik an dem 46-jährigen beschränkt sich nicht nur auf sein jetziges Wahlprogramm und die Auswahl der Menschen die ihn politisch umgeben, sondern auch auf Lobbyeinflüsse und seine Biographie. So ist es unverständlich, dass die deutschen Jugendlichen den designierten Präsidenten derart hochjubeln der unter anderem

2006 für die Verlängerung des „Patriot Act“ gestimmt hat. Dieser beinhaltet eine drastische Beschneidung elementarer Grundrechte und geht um vieles weiter als das bei uns verabschiedete Gesetz zur „Vorratsdatenspeicherung“.

Auch sein Vize-Kandidat Joe Biden war in der Vergangenheit alles andere als der Mann, der den Wandel verkörpert. Er votierte zum Beispiel für den „Helms-Burton-Act“, der scharfe Sanktionen gegenüber Kuba enthält, die die Wirtschaft schwächen soll und vor allem die einfache Bevölkerung hart trifft.



### Obama und Biden – wie Feuer und Eis?

Weiterhin stimmte Biden im Oktober 2002 für den Angriff auf den Irak und forderte in der folgenden Zeit vehement Truppenaufstockungen. Dieser Mann müsste, so möchte man meinen, mit seinen Ansichten und seiner Biographie konträr zum selbsterklärten Gegner des Irakkriegs Obama stehen. Doch der ehemalige Senator von Illinois hat lediglich einen „gestaffelten Abzug“, von einem Großteil der Truppen, über einen 16 Monate andauernden Zeitraum gefordert. Für diesen Truppenabzug plädiert Obama auch nicht aus herzerreißendem Pazifismus, sondern nur um mehr Truppen für den Kriegsschau-

platz Afghanistan bereitstellen zu können, wo er eine Aufstockung von 10.000 Soldaten und ein größeres Engagement der Europäer einfordert.

Außenpolitisch wird sich also kein großer Wandel vollziehen und das Argument, dass Obama immerhin besser als Bush sei, zieht kaum. Einer der größten Kriegstreiber der Geschichte darf hier kein Richtwert sein.

### Ausbau des Überwachungsstaats

Wenn sich der Fokus auf die Innenpolitik richtet, fällt auf, dass Obama eine Armee für den Einsatz innerhalb der Vereinigten Staaten aufbauen will, die den Staat im Innern vor „Feinden“ schützt. Der Polizeistaat soll also weiter ausgebaut werden. Ein Zitat Obamas vom 02.07.2008 über die inländischen „Schutzkräfte“ führt die Relationen vor Augen: „We cannot continue to rely on our military in order to achieve the national security objectives we've set. We've got to have a civilian national security force that's just as powerful, just as strong, just as well-funded.“ Diese Armee in all ihren Ausmaßen gepaart mit der Akzeptanz des 'Patriot Act' durch Obama könnte eine gefährliche Mischung ergeben. Von der Befürwortung der Todesstrafe ganz zu schweigen.

### Einfluss von Lobbyisten

Des weiteren bröckelt die Fassade des tadellosen Demokraten, der die Massen mit einfachen Schlagwörtern wie „Change“ oder „Yes, we can!“ fesselt, wenn man erkennt, dass auch Obama von Lobbyeinflüssen gesteuert wird.

So versprach er vor der Wahl das neue System, das eine Finanzierung des Wahlkampfs durch öffentliche Mittel vorsah, zu berücksichtigen. Dies tat er bis Mitte Juni auch, um sich dann allerdings doch auf private Spenden zu verlassen, die zwangsläufig einen Einfluss von großen Geldgebern mit sich bringen. Dann ist es auch nicht mehr verwunderlich, dass auch Obama von Interessengruppen aus der Wirtschaft

massiv beeinflusst wird, wie die „New York Times“ berichtet. Der „Weltpräsident“ fördert zum Beispiel die extremen Subvention für Bio-Ethanol, dass aufgrund der Auswirkung auf unser Klima in der Kritik steht, und steht in engem Kontakt mit Interessengruppen, die Ethanol als den Treibstoff der Zukunft propagieren.

#### **Ernüchternde Aussichten**

Werden die geschilderten Posi-

tionen Obamas zusammengekommen, sollte klar werden, dass von diesem Präsidenten kein „Change“ zu erwarten ist. Um so unverständlicher die Euphorie, mit der er hier zu Lande bejubelt wird, zumal die deutsche öffentliche Meinung doch in den letzten Jahren vor harscher und zum Teil unreflektierter Amerika-Kritik nicht zurückschreckte.

Matthias Lauer

## **... yet we could**

*Warum wir ihm doch vertrauen können*

**Natürlich mag es übertrieben sein, wie sich manch Deutscher über Obamas Wahlerfolg freute. Aber hatte es dieses Ereignis nicht verdient begossen zu werden?**

Als erstes: Obamas Vorgänger. Ihn hat die ganze Welt zu verachten gelernt. Es ist wohl inzwischen jedem klar, dass es den Bushs nicht um das Allgemeinwohl ging. „In god we trust“ kann man auch nicht mit den Präventivschlägen in Einklang bringen! Bei all den Kriegen, die Bush angezettelt hat, ist es richtig, dass die Amerikaner ihn nun endlich mit der Wahl eines Demokraten abstrafen, und so der Welt eine Distanzierung von solchen Praktiken zeigten.

Auch darf sich die **Afroamerikanische Bevölkerung** freuen, wurde doch in einem Land wo der Rassenkonflikt wie in kaum einem anderen die Geschichte geprägt hat nun endgültig mit ihm abgeschlossen. Schade, dass es keine schwarze Frau geschafft hat, aber davon sind die USA nicht mehr weit entfernt.

**Obamas Versprechen** – Es ist

während Obamas Wahlkampf aufgefallen, dass er in manchen Punkten von Ort zu Ort seine Meinung zu ändern schien. Man kann es aber optimistisch darauf schieben, dass er schließlich eine Wahl zu gewinnen hatte! Wir sollten lieber darauf warten, was seine Taten als Präsident uns über ihn offenbaren.

**Obamas Taten** – Mit seiner Amtseinführung hat Obama einen großen Schritt auf den Rest der Welt zu gemacht. Geheime CIA-Gefängnisse liess er schließen und bereitet zur Zeit die Auflösung des Guantanamo Lagers vor. Er bereitet den Weg für strengere Abgasvorschriften und scheint sich damit auch in Umweltfragen einer Verantwortung bewusst, die die alte Regierung stets zugunsten der amerikanischen Wirtschaft ignorierte.

Das sollen nur einige Beispiele sein, die uns seine Gesinnung erkennen lassen. Man sollte nicht in allen Details seiner Vergangenheit herumstochern; Obama ist kein Heiliger, er hat nicht alles richtig gemacht - das hat kaum einer von uns.

Was den Krieg in Afghanistan an-



geht, so sollte man davon abkommen jede Truppenaufstockung von vornherein, unreflektiert als schlecht anzusehen. Bush hat außenpolitisch ein ziemliches Chaos hinterlassen, in dem man nun schauen muss, wie man den betroffenen Staaten und ihren Bewohnern optimal helfen kann. Auch die Aufstellung einer schlagkräftigen Polizeieinheit für Angelegenheiten im Inneren ist ein guter Schritt - Polizeiarbeit soll nicht von Militärs durchgeführt werden müssen.

Ich persönlich sehe Obama als Chance für die ganze Welt an: Ja, er könnte es - lasst uns hoffen, er tut es auch!

Tobias Seidel

## Der Kampf geht weiter

*Die Jusos Rd-Eck stellten sich auf der Kreiskonferenz am 23. Januar in der Denk-Fabrik, Bordesholm, inhaltlich und personell für das nächste Jahr stark auf. Persönliche Eindrücke eines Anhängers.*

**„Ein weiterer wichtiger Punkt, an dem ich dieses Jahr arbeiten möchte, ist die gute inhaltliche Arbeit des Kreisverbandes für Jugendliche attraktiver zu gestalten. Elena sagte einmal ‚Wir müssen einfach cooler werden!‘, dies bedeutet keineswegs das wir inhaltliche Positionen und Botschaften zurückstellen, sondern sie in der heutigen Jugendkultur zeitgemäß zu präsentieren“, so Thomas Stegemann in seiner schriftlichen Bewerbung um den Kreisvorsitz.**

Festgehalten sind die genaueren Ausführungen der Pläne in dem bei einer Enthaltung beschlossenen Arbeitsprogramm „Der Kampf geht weiter!“. Damit steht fest, dass zum einen die erfolgreiche Arbeit der letzten Jahre fortgesetzt

wird, aber auch neue Aspekte Eingang finden werden. Schwerpunkt bleibt neben der Neumitgliedergewinnung der Kampf gegen den Rechtsextremismus. Untermauert wird dies auch durch die Personalien. Es sind mittlerweile erfahrende Juso-KämpferInnen wie auch neue Gesichter dabei (eine wichtige Meldung zum Kreisvorstand findet ihr auf Seite 15). Bevor Thomas Stegemann aber mit einem sehr guten Ergebnis zum Vorsitzenden gewählt wur-

de, zog Elena Pieper eine positive Bilanz des letzten Jahres. Der Kreisverband dankte ihr, auch mit einem Film, der einen Rückblick auf die Arbeit des Kreisverbandes und insbesondere das Engagement der Vorsitzenden beleuchtete.

### Danke, Elena!

Die Arbeit, die Elena in den letzten zwei Jahren in unseren Kreisverband steckte, ist kaum ausreichend zu würdigen. Umso wichtiger ist es, dass sie auch in

### Mach es, Thomas!

Nun ist der ehemalige Stellvertreter also Kreisvorsitzender und hat sich viel vorgenommen. Durch die vorausgehende Arbeit wissen wir aber, dass Thomas diese in 24-Stunden-Schichten erarbeitet wird und für die Freundinnen und Freunde von Thomas ist es zudem beruhigend, dass er eine Reihe von Sozialistinnen und Sozialisten an seiner Seite weiß, die ihm nicht nur den Rücken freihalten werden, sondern auch aktiv voranschreiten.



### Kreisvorstand, AK Weltformel, STACHEL

Die erfolgreiche Arbeitsteilung des Kreisverbandes wird auch zukünftig fortgesetzt werden. Wer an Organisationen und Ähnlichem interessiert ist, ist bei jeder Kreisvor-

standssitzung herzlich willkommen. Für die inhaltliche Arbeit steht der Arbeitskreis Weltformel, weiterhin koordiniert von Lasse Mempel, bereit und als Klammer werde ich als Chefredakteur auch weiterhin für das regelmäßige Erscheinen des STACHEL sorgen. Wichtig für den Erfolg der Arbeit ist besonders, dass der gesamte Kreisverband möglichst viel an den genannten Angeboten partizipiert.

Zukunft als Stellvertreterin nicht nur dem Verband, sondern auch dem Vorstand erhalten bleibt. Wir setzen weiterhin auf ihr umfassendes Engagement, ihre unüberwindbaren Argumente und freuen uns auch über den einen oder anderen spitzen Kommentar. „Frau Pieper“ bleibt eine große Juso-Persönlichkeit, die besonders durch ihre offene Art, die klare Linie und das ungeheure Maß an Courage in jeder Hinsicht beeindruckt.

standssitzung herzlich willkommen. Für die inhaltliche Arbeit steht der Arbeitskreis Weltformel, weiterhin koordiniert von Lasse Mempel, bereit und als Klammer werde ich als Chefredakteur auch weiterhin für das regelmäßige Erscheinen des STACHEL sorgen. Wichtig für den Erfolg der Arbeit ist besonders, dass der gesamte Kreisverband möglichst viel an den genannten Angeboten partizipiert.

Götz Borchert

# Sozialistische GesinnungstäterInnen - Jusos Rd-Eck -

Wegen Beteiligung an politischer Agitation, rücksichtsloser Demokratisierung und fortschrittlicher Gedanken werden folgende Personen steckbrieflich gesucht:



**Thomas Stegemann(22)**  
Kreisvorsitzender



**Elena Pieper(22)**  
stellv. Kreisvorsitzende



**Jonas Kramer(26)**  
Kreisgeschäftsführer



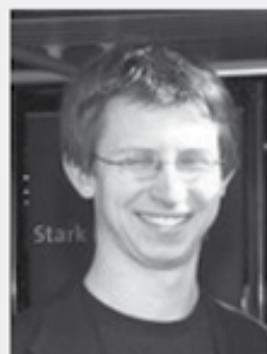
**Mirja Gier(17)**  
stellv. Kreisvorsitzende



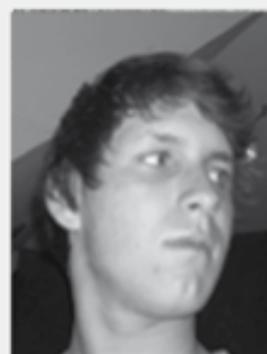
**Nico Lindemann(21)**  
stellv. Kreisvorsitzender



**Theresa Pieper(19)**  
stellv. Kreisvorsitzende



**Götz Borchert(23)**  
stellv. Kreisvorsitzender  
STACHEL-Chef



**Fabian Stegner(17)**  
stellv. Kreisvorsitzender



**Moritz Deutschmann(19)**  
stellv. Kreisvorsitzender



**Friederike Steiner(25)**  
stellv. Kreisvorsitzende



**Sven Westermann(18)**  
stellv. Kreisvorsitzender



**Lasse Mempel(25)**  
Arbeitskreis Weltformel

Für Hinweise, die zur Ergreifung der Gesuchten führen sind insgesamt 10 STACHEL Belohnung ausgesetzt, die nicht für Mitglieder der Jusos bestimmt sind, zu deren Mitgliedspflichten die Verfolgung des Kreisvorstandes gehört. Die Zuerkennung und die Verteilung erfolgt unter Ausschluß des Rechtsweges.

**Mitteilungen, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, nehmen entgegen:**

**Jusos Rendsburg-Eckernförde  
Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel  
oder auf jeder Juso-Sitzung**

**Vorsicht! Diese GesinnungstäterInnen machen von ihren überlegenen Argumenten rücksichtslos Gebrauch!**

## Systemwechsel jetzt!

*Konsequenzen aus der Krise ziehen.*

**Eigentlich wäre es jetzt unsere Zeit. Zeit für linke Politik. Zeit für einen radikalen Wechsel. Während überall und jeden Tag deutlicher wird, dass sich der radikale Kapitalismus selbst gegen die Wand gefahren hat, versteckt sich die gesellschaftliche Linke hinterm Ofen. Dabei schreit die aktuelle Debatte gerade nach vernünftigen Argumenten im Umgang mit „der Krise“. Klar ist, dass an dem Platzen der Finanzblasen weltweit nicht die „Gier der Banker“ Schuld ist oder irgendwelche „Heuschrecken“. So eine Argumentationsweise ist schon an sich zu kritisieren, weil sie von den Ursachen ablenkt und nebenbei auch noch antisemitische Vorteile von „raffenden“ und „schaffenden“ Kapital anheizt. Nein, die Krisenhaftigkeit steckt im System.**

Die große Macht der Finanzmärkte hat ihren Ursprung wesentlich in dem Wandel, der sich seit den 70ern ereignet hat. Die weltwirtschaftliche Dynamik wird schon seit über dreißig Jahren nur noch durch eine immer größere Aufblähung von Spekulation und Kredit in Gang gehalten. Der alte Karl Marx hat diesen Umstand übrigens schon früh geschildert und ihn „Fiktives Kapital“ genannt. Dieses Kapital wuch immer mehr auf die Finanzmärkte aus, weil die Realwirtschaft keine ausreichenden Anlagemöglichkeiten mehr geboten hat. Die Arbeit wurde zugleich immer produktiver, ohne dass dabei die Arbeitszeiten verkürzt wurden. Staaten verschul-

deten sich, um ihre Haushalte zu decken und immer mehr Menschen finanzierten ihren Konsum direkt oder indirekt auf Pump. Auf diese Weise wurde die Finanzsphäre zur „Basisindustrie“ des Weltmarkts und zum Motor des kapitalistischen Wachstums.

Wie kam aber zur aktuellen Krise, der wohl „Größten Krise des Kapitalismus seit 1929“? Anfangs brach der Markt für zweitklassige Hypothekenformen (Subprimes) in den USA ebenso wie der Immobilienmarkt zusammen. Extrem fallende Immobilienwerte standen hohen Tilgungszahlungen gegenüber, die viele nicht mehr leisten konnten. Zwangsversteigerungen weit unter Wert und viele Zahlungsausfälle waren die Folge. Diese wiederum brachten die Banken in eine schwierige Lage. Auch deutsche Banken, die zuvor in den USA investiert hatten, waren beteiligt. Eine Bankenkrise setzte ein, die zu einem massiven Vertrauensverlust führte. Auch untereinander vergaben die Banken auf einmal keine Kredite mehr. Hier war dann der Punkt, wo der so genannte „Banken-Rettungsschirm“ helfen sollte, das System zu stabilisieren. Inzwischen ist aber auch zu sehen: Die Finanzkrise ist zu einer echten Wirtschaftskrise geworden. Und das Schlimme daran ist, dass jetzt die marktradikale Politik der letzten Jahre bzw. Jahrzehnte (Helmut Kohl, Peter Hartz und Co. lassen grüßen) voll durchschlägt. Die Arbeitsbedingungen sind radikal verschlechtert worden und große Teile des

öffentlichen Sektors privatisiert. Der Abbau von sozialen Leistungen und Rechten sollte dazu beitragen, dass der Arbeitsmarkt besser funktioniert. Er funktioniert aber nur im negativen Sinne besser. Es ist jetzt natürlich viel einfacher, Leute zu entlassen.

Die Zeiten für linke Politik sind besser denn je. Warten, bis der ganze Laden an die Wand gefahren ist sollte die politische Linke aber nicht. So schlägt Michael Krätke im aktuellen SPW-Heft vor, einen „Radikalen Reformismus“ zu forcieren. Die Vorschläge liegen in der Schublade und müssen nur noch auf den Tisch gelegt werden. Dabei geht es über Rufe nach (Teil-)Verstaatlichung und einem breit angelegten Konjunkturpaket hinaus. Es geht um die wirkliche Umgestaltung und damit auch Überwindung des aktuellen finanzmarktgeprägten Systems. Breite Demokratisierung der Wirtschaft, scharfe Regelungen für den Finanzsektor, Umverteilung des Vermögens, Förderung des Genossenschaftswesens. Appelle an „die da oben“ und moralische Versprechen werden nicht weiterhelfen. Sonst wird der Kapitalismus seine Krisen immer wieder produzieren. Die richtigen Konsequenzen aus der Krise müssen jetzt gezogen werden.

Tobias von Pein  
aus Stormarn

Lesetipps:  
spw Heft 169,  
(zu bestellen über [www.spw.de](http://www.spw.de))  
Buch „Was ist heute links?“ 63 Thesen  
für eine Politik der Zukunft [www.krisis.org](http://www.krisis.org)

## Linkswende 09

*Für eine Linke der Zukunft*

Wenn sich bis zu 1000 Jusos aus dem gesamten Bundesgebiet zusammen finden und sich die Köpfe über verschiedene politische Inhalte heiß diskutieren, dann fehlen natürlich nicht die Jusos Rendsburg-Eckernförde. Zehn Jusos aus Rendsburg-Eckernförde machten sich auf dem Weg zur „Linkswende09 – Der Hochschulkongress“ in Berlin.

Nach einer langen und anstrengenden Busfahrt eröffnete die Bundesvorsitzende der Jusos Franziska Drohsel mit einer inspirierenden und kämpferischen Rede die Linkswende09. Es ist nicht alljährlich, dass sich die AktivistInnen des gesamten Juso-Verbandes ein Wochenende in einer Universität (Humboldt-Universität Berlin) über die politische Zukunft austauschen. Doch natürlich diskutierten die Jusos nicht nur untereinander,

sondern ebenfalls Gäste unserer internationalen Schwesterorganisationen, verschiedene

Nichtregierungs-Organisationen (NGO's) wie ProAsyl, Chaos-Computer-Club, „Wir Frauen“ und WissenschaftlerInnen (Professorinnen aus Mexiko, Deutschland) und JournalistInnen waren Teil des Linkswende-Kongress.

Neben vielen politischen Schwerpunkten wie Menschenrechte, Antisemitismus, Feminismus und vielen weiteren Themen war

natürlich die momentane Wirtschaftskrise dominierendes Thema des Kongresses. Eine Wirt-

schaftskrise die uns Jusos nicht wirklich überrascht hat. Der Kapitalismus ist krisenhaft, das wissen wir Jusos schon seit unserer Gründungszeit vor über 90 Jahren. Es konnte doch eigentlich niemanden überraschen, wenn in den Medien von wirtschaftlichen Hochphasen (Aufschwung, Aufbruch oder ähnliches) gesprochen wird, muss logischerweise auch irgendwann eine wirtschaftliche Tiefphase (Rezession, Katastrophe oder Wirtschaftskrise) folgen. Würde denn jemand von wirtschaftlichem Aufschwung sprechen, wenn es nicht auch irgendwann wieder eine Abschwungphase folgt? Franziska forderte folgerichtig schließlich, dass endlich die wirkliche Ursache, der Kapitalismus, geändert werden müsse.

**„Don't fight the player, fight the game!“**

Thomas Stegemann

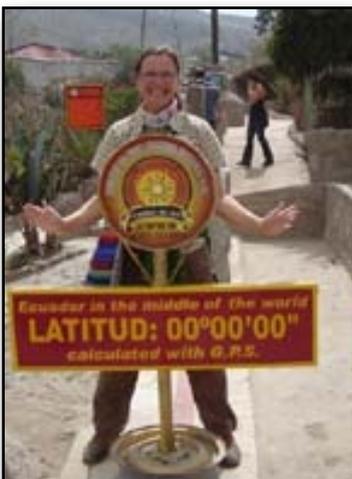


## Wiederaufforstung im Regenwald

*Erfahrungsbericht einer Reise nach Ecuador*

Ecuador ist das zweitkleinste Land Südamerikas. Das Land liegt im nordwestlichen Südamerika und wird vom Äquator durchzogen. Ecuador hat auf einer Fläche von 25.637 km<sup>2</sup> 13,5 Mio. Einwohner. Die Hauptstadt ist Quito.

In diesem kleinen Land Südamerikas kann man viele unterschiedliche Gebiete kennenlernen. Man unterscheidet in Andenregion, Küste, Amazonasregenwald und die Galapagosinseln, die die vierte Zone Ecuadors darstellen. Ecuadors Topografie der Extreme auf relativ kleinem Raum führt zu komplizierten Klimaverhältnissen



und zur grössten Biodiversität der Erde.

Hier stehe ich genau auf der Nulllinie des Äquators. Während meiner Reise durch das Land habe ich alle Zonen bis auf die Galapagosinseln besucht. Im Amazonasregenwald habe ich Piranhas geangelt, in der Andenregion eine Inkastätte besucht, im Bergnebelwald Kolibris und an der Küste Wale beobachtet. Ecuador gehört zu den Schwel-



lenländern. Der Aufschwung wird besonders in den größeren Städten deutlich. Außerhalb der Ballungszentren leben die Menschen sehr natürlich in einfachen Verhältnissen.

In der Provinz Napo, die im Amazonasregenwaldgebiet liegt habe ich acht Wochen lang mit anderen Volontären und Arbeitern aus der Region direkt im Regenwald gelebt und gearbeitet. Die Lebensbedingungen dort sind einfach. Die Menschen in der Region leben eher ärmlich. Stromleitungen sind oft vorhanden, Wasserleitungen nicht. Die Kinder gehen in ihrem Leben nur kurz zur Schule und müssen dann schnell mit Geld für die Familie verdienen. Es sind große Familien von bis zu 10 Kindern in einem Haushalt. In den größeren Städten wie zum Beispiel Quito mit 1,4 Mio. Einwohnern erlebt man ein differenzierteres Bild. Hier ist der westliche Einfluss deutlich zu spüren. In den besser gestellten Familien gehen die Eltern einer geregelten Arbeit in Büros oder in der Industrie nach und ermöglichen ihren Kindern auch eine gute Schul-

den großen Städten nicht unbedingt überall so, denn auch dort herrscht eine große Armut und Not. Generell ist die Kluft zwischen Arm und Reich sehr groß. Es gibt in Ecuador zum Beispiel keine gute staatliche Krankenversicherung.

Wenn im Regenwaldgebiet ein Familienmitglied erkrankt wird deshalb oft ein Baum gefällt, um so den Krankenhausaufenthalt bezahlen zu können.

Während meines Praktikums habe ich in Zusammenarbeit mit den indigenen Bauern und anderen Volontären in den verschiedenen Dörfern Wiederaufforstung betrieben.

Dadurch sollen auf Sekundärwald- und landwirtschaftlich genutzten Flächen übernutzte Baumarten, die für die einzelnen Regionen typisch sind, wieder aufgeforstet werden. Zum einen sollen Agroforstsysteme entstehen und zum anderen beinhaltet die Zielsetzung die übernutzten Klimaxbaumarten (wie zum Beispiel mahagonieartige oder zedernholzartige Bäume) wieder auf den Flächen zu etablieren. In Ecuador gibt es keinen staat-

lichen Wald so wie bei uns. Der Wald gehört den Menschen und große Teile sind unbesiedelt.

Das ist auch ein Grund weshalb es Ölkonzerne aus den USA so leicht haben, nach Ecuador zu kommen und große Waldflächen zwecks Ölförderung abzuholzen. Den Menschen fehlt sozusagen eine rechtliche Handhabe das zu verhindern. Die Organisation stellt den Menschen kostenlos die Setzlinge der Edelhölzer zur Verfügung. Die Setzlinge werden im geschützten Wald der Foundation gesammelt, da dort noch die sonst übernutzten Baumarten wachsen. Die Waldfläche der Foundation hat eine Grösse von circa 218 Hektar.

Durch die Hilfe von Volontären aus Europa werden diese dann auf den einzelnen Sekundärwaldflächen unterschiedlicher Familien eines Dorfes gepflanzt. Es entstehen also keine Zusatzkosten für die ohnehin schon ärmliche Landbevölkerung. Anschließend führt die Foundation in Abständen von jeweils drei Monaten drei Registrationskontrollen durch und macht gegebenenfalls Nachpflanzungen.

Die Kleinbauern werden von den technischen Mitarbeitern der Foundation ausgebildet und dazu angehalten, diese Flächen zu

pflegen und sich um die gepflanzten Setzlinge zu kümmern.

Der Vorteil der Bauern liegt auf der Hand.

Es entstehen ihnen zum einen keine Kosten. Dann haben sie die Möglichkeit die Samen der Gehölze zur Aufzucht neuer Bäume zu nutzen oder auf dem Markt rentabel zu verkaufen, da es nur noch wenige Pflanzen von ihnen gibt. Zudem ist geplant auch einen geldlichen Anreiz aus staatlicher Hand zu schaffen.

Costa Rica geht mit gutem Beispiel voran. Dort erhalten die Bauern für jeden wiederaufgeforsteten Baum eine Aufwandsentschädigung. Das entsprechende Gesetz ist in Ecuador noch nicht verabschiedet. Die Chancen stehen jedoch gut, dass die Regierung die Arbeit der Organisationen anerkennt und sich dem Programm von Costa Rica anschließt.

Wiederaufforstung wird nicht nur im Oriente direkt im tropischen Regenwald, sondern auch in der Küsten- oder Andenregion betrieben. Im Süden Ecuadors gibt es den Podocarpus Nationalpark, der aufgrund seiner Pflanzenvielfalt auch als „Garten Ecuadors“ bezeichnet wird. Allerdings verwendet man dort keine indi-

genen Baumarten, die abgeholzt wurden, sondern Eukalyptus.

Eukalyptus stammt aus Australien, gehört in Ecuador somit zu den

Neophyten. Diese Baumart bringt viele Probleme mit sich. Zum einen hat Eukalyptus eine sehr hohe Transpirationsrate und entzieht somit dem Boden sehr viel Wasser.

Bei eher trockenen Boden stellt das ein großes Problem dar, da der Eukalyptus so anderen Pflanzen verstärkt die Lebensgrundlage Wasser entzieht. Zum anderen entsteht bei einem Feuer - ausgelöst zum Beispiel durch einen Blitzeinschlag - sofort ein Flächenbrand, da Eukalyptus auch viele ätherische Öle enthält.

Der tropische Regenwald ist für unsere Erde der wichtigste Standort, den es zu schützen gilt. Seine Biodiversität ist einzigartig und die Fähigkeit zur CO<sup>2</sup> Sequestrierung enorm.

Urwaldriese (Ceibo, Bombacaceae) durch die Brettwurzeln so breit, dass ihn 50 Menschen nicht umfassen können

Durch das Projekt der Wiederaufforstung in Zusammenarbeit mit der ansässigen Bevölkerung gelingt es in kleinem Maßstab Stück für Stück den Regenwald mit seinen wertvollen Baumarten zu schützen.

Im großen Stil kann dieses aber auf Dauer nur gelingen, wenn noch mehr Aufklärungsarbeit geleistet wird und die Regierung Wiederaufforstungsprojekte unterstützen würde, um der Bevölkerung die notwendige Hilfestellung zu gewährleisten.

Insgesamt war es eine sehr interessante Reise, die mich unglaublich bereichert hat.

Christina Pielke  
aus Eckernförde

machte ein Praktikum in Ecuador



## Geschichtspolitik in eigener Sache

*Was die SPD aus ihrer Vergangenheit lernen könnte.*

**Dieser Tage hat es die SPD schwer. Die Linkspartei besetzt Kernthemen – und Wähler -, die einmal sozialdemokratische waren. Zugleich ist die Abgrenzung nach rechts durch die gemeinsame Koalitionsarbeit, gegen eine Kanzlerin, die nach alter konservativer Manier unideologisch „die Mitte“ zu vertreten vorgibt, auch nicht leicht. Und selbst Strategen im Willy-Brandt-Haus mögen nicht über die nächste Bundestags-Wahl hinaus planen.**

Man kann demnach von einer ausgeprägten Profilineurose der SPD sprechen. Vor dem Hintergrund dieser misslichen Gegenwart und dunkler Zukunftsaussichten ist die momentane Verliebtheit der Partei in die glanzvollen Erinnerungsorte<sup>1</sup> ihrer langen Geschichte durchaus verständlich: was in entsprechenden Veranstaltungen und Artikeln beschworen wird, verspricht Orientierung und Identifikationsstiftung.

2008 bot durch Jubiläen reichliche Gelegenheit, in der Geschichte zu suchen, was in Gegenwart und Zukunft nicht mehr gefunden wird. So erinnerte sich die SPD der mutigen Rede Otto Wels vor dem Reichstag im Angesicht des nationalsozialistischen Terrors. Speziell in Schleswig-Holstein bzw. Kiel wurde auch der 90. Wiederkehr der Revolution von 1918 gedacht, die das Kaiserreich stürzte und somit der Demokratie Bahn brach. Beide Beispiele bezeug-

ten für jedermann ersichtlich eine bedeutende Rolle der SPD, ihr geschlossenes Eintreten an Wendepunkten der Geschichte. Kurz: Sie zeigten eine SPD, wie man sie sich heute wünscht. Dennoch bleibt fraglich, ob es der Partei langfristig nützt, Geschichtsbilder früherer Erfolge zu konstruieren. Der von ihnen ausgehende Glanz trägt doch kaum über den Tag des Jubiläums hinaus. Statt den Blick in die Vergangenheit also durch Rührung und Ergriffenheit zu verschleiern, würde es mehr nützen, die inneren Widersprüche der Partei und ihre Verklammerung mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu untersuchen, um auf festem Grund handlungsleitende Perspektiven für die Zukunft entwickeln zu können.

So ist dann beispielsweise nicht mehr die Revolution von 1918 als das Ende, sondern gerade der Beginn des Ersten Weltkrieges interessant. Am „Augusterlebnis“<sup>2</sup> von 1914 ist zu sehen, wie die SPD trotz über Dekaden gefestigter Werte und Vorstellungen dem Zeitgeist erlag und mit in den Krieg zog. In unserer Gegenwart lässt sich eine ähnliche Ambivalenz der Partei konstatieren. Wenn die Konservativen die Krise Deutschlands beschwören, dann steht die SPD im Glied und ist von der Agenda 2010 bis zu den Konjunkturpaketen bereit, ihre eigentlichen Überzeugungen zurückzustellen.

Vergleichen wir nicht die Ereig-

nisse selbst, sondern die konservativen Legitimationsstrategien, werden eigentümliche Gemeinsamkeiten deutlich. Am 1. August hatte der deutsche Kaiser in Berlin den Kriegszustand erklärt. Nun könnte man meinen, die Sozialdemokraten, die sich dem Pazifismus verschworen hatten, würden den Irrsinn begegnen und einen Generalstreik anzetteln. Richten wir also den Blick auf unsere sozialdemokratischen Ahnen in Schleswig-Holstein. Ursprünglich war für den 2. August in Eckernförde ein Bezirksparteitag geplant gewesen, der nun wegen der allgemeinen Mobilmachung vertagt wurde. Doch bevor die Delegierten auseinander gingen, verabschiedeten sie eine Resolution, in der es hieß:

Die Verhältnisse dieser kapitalistischen Zeit und deren Konsequenzen waren stärker als die Arbeit unserer Millionen (...). (...) Indem wir unserem Schmerze hierüber Ausdruck geben, stellen wir fest, dass unsere Partei keine Schuld an dem Verderben trifft, dass da über die Welt ziehen will.<sup>3</sup>

Dies bedeutete nichts anderes, als das die Partei den Krieg zwar ablehnte, aber dennoch nichts dagegen zu unternehmen gedachte. Ähnlich klingen heute die Bezeugungen der Parteispitze, wenn von der Finanzkrise die Rede ist; man beeilt sich, zu betonen, dass die SPD schon immer für eine Regulierung des Marktes war. Aber letztlich wird das System dann doch nicht in Frage gestellt, son-

1. Eine gut lesbare Erläuterung der verwendeten Fachtermini findet sich bei Ertl, Astrid: Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen, Stuttgart 2005.

2. Vgl. Verhey: Augusterlebnis, S. 357-360 in: Hirschfeld, Gerhard/Krumeich, Gerd/Renz, Irina in Verbindung mit Pöhlmann, Markus (Hrsg.): Enzyklopädie Erster Welt-

krieg, Paderborn 2003.

3. AdsD: SH 43, Bericht vom Bezirksparteitag in Eckernförde, abgehalten am 2. August 1914.

dem mit Milliarden des Bundes gestützt.

Nun kann man am Beispiel 1914 sehen, warum die Genossen damals gegen ihre früheren Überzeugungen mittaten, und daraus interessante Perspektiven für die Gegenwart gewinnen. Zum einen behauptete die Propaganda damals geschickt die „Unvermeidlichkeit“ des Krieges und erstickte somit eine Bewertung oder gar Diskussion um Alternativen im Keim. Zum anderen verschleierten die Verfechter des Krieges erfolgreich die tatsächlichen Interessen und suggerierten es ginge um die Sicherung Deutschlands und das Allgemeinwohl.<sup>1</sup>

Auch der theoretisch republikanisch denkenden Volksminderheit hat der Kaiser feierlich die Hand zur Versöhnung entgegen gestreckt; (...) die doch sicher sich in keine Schmollwinkel verkrochen haben, wenn draußen die Massen vaterländische Lieder singen.<sup>2</sup>

Zentrum dieser Aussage war: Im Sinne des Allgemeininteresses müssen alle zusammenhalten. Zwar lehnte die SPD den Militarismus des Kaiserreiches zutiefst ab, aber trotz der Existenz der sozialistischen Internationale und pazifistischer Einstellung, war eine patriotische Grundhaltung zutiefst verinnerlicht.<sup>3</sup> In Kombination mit der scheinbaren Alternativlosigkeit des Krieges führte die Strategie dazu, dass die Sozialdemokraten sich allzu bereit-

willig für das einsetzten, was sie für Deutschlands Wohl hielten. Von nun an übernahm die SPD in Schleswig-Holstein unreflektiert die normativen Rahmungen ihrer politischen Gegner, wollte „Ruhe“ und „Ordnung“ gewährleisten und überstürztes Handeln in der Krise vermeiden.<sup>4</sup> Binnen Tagen wurden auch zuvor undenkbbare Topoi übernommen. Schon am dritten Tag des Krieges schrieb das Zentralorgan der schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten über den Kriegseintritt Russlands: Es ist das Unglück der höher kultivierten Völker Europas, dass dieser mongolisch-sklavische Staat ohne Kulturentwicklung der Machthaber seit Jahrhunderten in der Lage war, in Europas Geschichte einzugreifen.<sup>5</sup>

Natürlich ist die SPD heute ebenso eine andere, wie die Zeiten andere sind und Geschichte wiederholt sich nicht. Ganz schlicht: 1914 hat nichts mit 2009 zu tun. Auch reicht der Platz an dieser Stelle natürlich nicht aus, um eine Analyse mit wissenschaftlicher Redlichkeit zu bieten. Aber im Sinne des Magazins ist dieser Splitter der Geschichte ein Stachel im gängigen Geschichtsbild der SPD, zeigt interessante Analogien der Begründungsstrategien in der Gegenwart der Finanzkrise und keine „schöne“ Tradition: Damals wie heute wird eine Unumgänglichkeit der Handlungen im Interesse aller behauptet und die SPD zieht im nationalen Interesse mit. Grundlegende

Überlegungen, am System etwas zu ändern, bleiben hinter einem Lavieren im populären klein-klein von Abwrackprämie und den Sanierungen öffentlicher Bauten zurück. In Zeiten der Krise braucht es kein ritualisiertes Gedenken. Die kritische Sicht auf Geschichte hat den größeren Nutzen, bietet die Möglichkeit, eingefahrenen Denkschablonen der Gegenwart durch den weiteren Blick zu entgehen. 2009 wird nicht nur Superwahljahr, sondern auch ein Supergedenkjahr. Vor allem steht der 60. Geburtstag der Bundesrepublik an, der groß begangen werden soll. Hoffen wir, dass die SPD die Chance nutzt.

Knud Andresen



*Ehemaliger stellvertretender Juso-Landesvorsitzender, Vorstandsmitglied der Juso-HSG Kiel und promoviert als FES-Stipendiat in Geschichte an der CAU Kiel*

1. Vgl. Mommsen, Wolfgang J.: Der Erste Weltkrieg. Anfang vom Ende des bürgerlichen Zeitalters, Frankfurt a.M. 2004, S. 24; Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Dritter Band. Von der deutschen „Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914, München 1995, S. 1067.

2. Eckernförder Zeitung, 3. August 1914.

3. Vgl. Goergen, Marie-Luise: Militärische und militaristische Einstellungen in der Arbeiterbewegung, S. 247-250 in: Jansen, Christian (Hrsg.): Der Bürger als Soldat. Die Militarisierung europäischer Gesellschaften im langen 19. Jahrhundert. Ein internationaler

Vergleich, Essen 2004, S. 249.

4. Vgl. z.B. Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, 25. August 1914.

5. Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, 3. August 1914.

## Jenseits von Paech und Schwafel

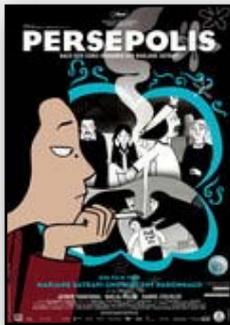
Seit Weihnachten ist sie wieder in vollem Gange, die Kriegsmaschinerie im Nahen Osten. In der politischen Linken in Deutschland aber tobt währenddessen ein ganz anderer Krieg: Seit jeher scheiden sich hier die Geister, wenn es um die Bewertung des Nahost-Konfliktes geht. Sympathie für den vermeintlich antiimperialistischen Kampf trifft auf Sichtweisen, die die Rolle Israels differenzierter betrachten. Damit stehen sich zwei Konzepte gegenüber, die konträrer kaum sein könnten. Zeit also, sich einmal näher mit diesem Konflikt zu be-

fassen. Und genau das tut Peter Ullrich in seinem neuen Buch „Die Linke, Israel und Palästina“. In einer akribischen Untersuchung widmet er sich entscheidenden Fragen: Gibt es typische linke Sichtweisen auf das Judentum? Wie antisemitisch waren und sind bekannte sozialistische Theoretiker? Warum fand der Zionismus so starke Unterstützung in der britischen Labour-Party? Welche Rolle spielt der Nahost-Konflikt für den linken Antisemitismus? Ullrich bietet so ein interessantes Spektrum an Erkenntnissen, die für das Nachvollziehen die-



ses Konfliktes innerhalb der politischen Linken unerlässlich sind. Lesen lohnt sich!  
Dietz Verlag Berlin GmbH Oktober 2008  
ISBN: 3320021567

Elena Pieper



**Nicht erst seit dem 11. September 2001 herrscht in der westlichen Welt eine weit verbreitete Islamophobie. Aus diesem Grund versammelten sich Jungsozialistinnen und Jungsozialisten des Kreisverbandes Rendsburg-Eckernförde in Bordesholm zu einem Filmabend um sich dem Thema des kritischen Umgangs mit dem Islam zu nähern.**

Gezeigt wurde die Zeichenanimation „Persepolis“ (2007), die von der jungen Iranerin Marjane handelt. Marjane wächst nach der Machtergreifung der Mullahs 1979 in einer streng-islamischen Welt auf und hat sich strengen Regeln für Mädchen und Frauen zu unterwerfen, bis sie von ihren

## Persepolis

regimekritischen Eltern ins Ausland geschickt wird. Nach einer unglücklich verlaufenden Beziehung, Depression und Krankheit kehrt sie Jahre später in den Iran zurück. Doch auch hier fühlt sie sich nicht mehr zu Hause. Marjane fasst den Entschluss, nach Frankreich zu emigrieren.

Der Film schildert sehr realitätsnah das Schicksal einer jungen Frau, die durch die Mullah-Herrschaft zwangsweise ihre Heimat verlassen muss und dadurch nicht nur diese sondern auch sich selbst verliert. Die Tatsache, dass es sich bei dem Film um eine schwarz-weiße Zeichenanimation handelt, macht Handlung und Bilder besonders einprägsam und verdeutlicht die Umgebung, die Marjane bedrückt.

Der Film wirft des weiteren die Frage auf, wie die politische Linke sich kritisch zum Thema Islam und seiner Kultur äußern kann, ohne zu riskieren, mit Rassismuskorrekturen konfrontiert zu werden. Bis wohin geht ihre To-

leranz und bewegt man sich auf politisches Glatteis, wenn man Kritik an menschenverachtenden Praktiken übt?

Nicht nur die Rolle der Frau, auch die der Homophobie im Islam, wie bei dem Angriff einer Gruppe Türken auf Besucher des Drag-Festivals in Berlin, oder der Ehrenmord Ahmad O.'s an seiner Schwester Morsal, sind aktuelle Beispiele, die unter diesem Aspekt betrachtet werden müssen. An diesen und ähnlichen Fällen wird die politische Linke immer wieder an ihre Grenzen stoßen, wenn sie lieber schweigt um nicht als rassistisch zu gelten, anstatt sie offen und sachlich zu diskutieren. Denn ohne einen öffentlichen Diskurs mit den Betroffenen wird es nie zu einem menschenwürdigen Leben für Alle kommen. Zu so einem Diskurs können Filme wie Persepolis einen wichtigen Beitrag leisten.

Theresa Pieper und  
Fabian Stegner

## Knallhart nachgefragt bei Kai Dolgner

**Alter:** 39

**Wohnort:** Osterrönfeld

**Du bist zurzeit?** Leiter des Centrums für Materialanalytik an der Uni Kiel (Wissenschaftler)

**Als Kind wolltest Du welchen Beruf ergreifen?** Journalist oder Archäologe

**Jugendsünden?** Nietengürtel und Fransenhemd

**Lieblingsbuch:** Stark beeinflusst haben mich sicher „Der Steppenwolf“, „Die verlorene Ehre der Katharina Blum“, „Draußen vor der Tür“ und „Animal Farm“

**Lieblingfilm:** Leben des Brian, Dr. Strangelove

**Wenn Du ein Tier wärest, wärest Du ein:** Ich bin ein Tier, wie alle Menschen

**Dein Vorbild:** Keine. Es gab und gibt viele große Leistungen, die menschlich als Beispiel nehmen kann. Ich wollte aber nie die (schlechte) Kopie einer bestimmten Person werden.

**Mit wem würdest Du gerne einen Monat lang tauschen?**

George W. Bush und dann würde ich mich beim Internationalen Strafgerichtshof selbst stellen.



**Was an Dir selbst gefällt Dir besonders gut?** Andere bescheinigen mir eine schnelle Auffassungsgabe und ein gewisses Organisationstalent.

**Was sind deine Schwächen?** Ich sollte häufiger den Mund halten und einfach zuhören.

**Was ist für Dich eine Versuchung?** Lübecker Marzipan einer ganz bestimmten Firma

**Was willst Du unbedingt ein-**

**mal tun?** Zu den Sehnsuchtsorten meiner Kindheit reisen.

**Die SPD bedeutet für dich:** Meine politische Heimat und auch ein Teil meiner persönlichen Identität.

**Deine Juso Vergangenheit:** AG-Vorsitzender Rendsburg, Kreisvorsitzender Rendsburg-Eckernförde, Stachel, Landesausschuss, Hauptausschuss, alle möglichen Delegationen, Kommission etc.

**Dein Lieblingszitat:** Je nach Bedarf z.B. – „Früher war auch die Zukunft viel besser!“ (Karl Valentin)

**Deine Botschaft an die Jusos RD-ECK:** Ihr leistet hervorragende Arbeit und seid super aktiv. Ganz besonders freut mich die Wiederbelebung des Stachels. Ich bedaure seit langem zum ersten Mal, dass ich kein Juso mehr bin. Ein wenig mehr Gelassenheit bei anderen Analysen und Auffassungen könnte vielleicht nicht schaden.

### Jusos in deiner Umgebung

**Altenholz und Umgebung**

Ansprechpartner: Sina Marie Weiß,  
sina.marie.weiss@gmx.de

**Kronshagen**

Ansprechpartner: Lasse Mempel  
lassemempel@gmx.de

**Bordesholm**

Ansprechpartner: Fabian Stegner  
fabianstegner@yahoo.de

**Nortorf**

Ansprechpartner: Moritz Deutschmann  
ritzmo@jusos-rd-eck.de

**Eckernförde**

Ansprechpartner: Jonas Kramer  
jokra@gmx.net

**Rendsburg / Büdelsdorf / Umland**

Ansprechpartner: Marlon Kruse  
marlonkruse@spd-online.de

**Gettorf und Umgebung**

Ansprechpartner: Tim Witte  
gettorf@jusos-rd-eck.org

**Kreisverband**

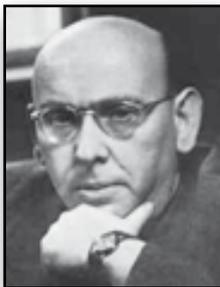
Ansprechpartner: Thomas Stegemann  
thomas@jusos-rd-eck.de



[www.jusos-rd-eck.de](http://www.jusos-rd-eck.de)

## In Erwägung Resolution der Kommunarden

Brecht und Eisler schrieben dieses Lied, als sie 1934 ins Exil getrieben worden waren. Wie das „Einheitsfrontlied“ und andere entstand dieses Lied im Auftrag des Internationalen Musikbüros Moskau. Man verstand das Lied, in dem die Kampferfahrungen der Pariser Arbeiter und Arbeiterinnen während der Pariser Kommune 1871 ausgewertet werden als Beitrag zum Kampf gegen den deutschen Faschismus. 1948 arbeitete Brecht dieses Lied als „Resolution der Kommunarden“ in sein Stück „Tage der Commune“ ein, ein Stück über die Ereignisse in Paris im Jahre 1871.



In Erwägung unsrer Schwäche machtet  
Ihr Gesetze, die uns knechten soll'n.  
Die Gesetze seien künftig nicht beachtet  
In Erwägung, daß wir nicht mehr Knecht sein woll'n.

In Erwägung, daß ihr uns dann eben  
Mit Gewehren und Kanonen droht  
Haben wir beschlossen, nunmehr schlechtes Leben  
Mehr zu fürchten als den Tod.

In Erwägung, daß wir hungrig bleiben  
Wenn wir dulden, daß ihr uns besteht  
Wollen wir mal feststell'n, daß nur Fensterscheiben  
Uns vom guten Brote trennen, das uns fehlt.

In Erwägung, daß ihr uns dann eben...

In Erwägung, daß da Häuser stehen  
Während ihr uns ohne Bleibe laßt  
Haben wir beschlossen, jetzt dort einzuziehen  
Weil es uns in unsern Löchern nicht mehr paßt.

In Erwägung, daß ihr uns dann eben...

In Erwägung: es gibt zuviel Kohlen  
Während es uns ohne Kohlen friert  
Haben wir beschlossen, sie uns jetzt zu holen  
In Erwägung, daß es uns dann warm sein wird.

In Erwägung, daß ihr uns dann eben...

In Erwägung: es will euch nicht glücken  
Uns zu schaffen einen guten Lohn  
Übernehmen wir jetzt selber die Fabriken  
In Erwägung: ohne euch reicht's für uns schon.

In Erwägung, daß ihr uns dann eben...

In Erwägung, daß wir der Regierung  
Was sie immer auch verspricht, nicht traun  
Haben wir beschlossen, unter eigener Führung  
Uns nunmehr ein gutes Leben aufzubauen.

In Erwägung: ihr hört auf Kanonen -  
Andre Sprache könnt ihr nicht verstehn -  
Müssen wir dann eben, ja, das wird sich lohnen  
Die Kanonen auf euch drehn!

1. In Er-wä-gung uns-rer Schwä-che mach-tet... ihr Ge-set-ze, die uns  
Knech-ten soll'n... Die Ge-set-ze sei-en künf-tig nicht be-ach-tet in Er-  
wä-gung, daß wir nicht mehr Knecht sein woll'n... In Er-wä-gung, daß ihr uns dann  
e- ben... mit Ge- weh-ren und Ka- no- nen droht... ha- ben  
wir be- schlos- sen, nun- mehr schlech- tes Le- ben mehr zu für-chten als den Tod!